

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Donnerstag, 25. Juni 1981

Blatt 1598

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 184.000 wurden österreichischer
(rosa) Gersthofer Platzl: Entscheidung über "9er" gefallen
Internationaler Erfahrungsaustausch der Gemeinden
Wohnungspolitik bis 1983
Überlegungen für neue Garagenförderung

Politik: Japanische Gäste im Wiener Rathaus
(rosa)

Lokal: Wochenend-Wohnstraße Mittelgasse
(orange) Die Stadt als Spielplatz

Wirtschaft: Neue Fernwärmeleitung spart Heizöl für 50 Millionen
(blau)

Nur
Über FS: 24.6. Feuerwehr befreite eingeklemmten Arbeiter
25.6. 50.000 in Plakatausstellung
Oldtimer-Tramway wirbt für "Musikalischen Sommer"

184.000 wurden Österreicher

=++++

1 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) 183.960 Personen erwarben seit 1945 in Wien die österreichische Staatsbürgerschaft. Seit 1966, dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes, waren es 28.146, das sind 15,3 Prozent der seit 1945 Eingebürgerten. Diese Zahlen sind in den "Mittellungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" enthalten, die kürzlich erschienen sind. #

Die meisten Staatsbürgerschaftsverleihungen erfolgten in den Jahren 1945 bis 1951, nämlich 110.482 oder 60 Prozent. Der Höchststand wurde in den Jahren 1946 und 1947 mit 28.409 bzw. 20.080 Einbürgerungen erreicht. Eine stark steigende Tendenz zeichnet sich wieder seit 1977 ab: zwischen 1977 und 1980 hat die Zahl der Verleihungen um 54,6 Prozent zugenommen.

Am 1. Juli 1966 ist das auch heute geltende Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 in Kraft getreten, das seine gegenwärtige Fassung in den Jahren 1973, 1974 und 1977 erhielt. Am häufigsten wurde seither die österreichische Staatsbürgerschaft durch Verleihung im freien Ermessen sowie durch "Erklärung" ausländischer Ehefrauen ausgesprochen. (Ausländerinnen haben die Möglichkeit nach ihrer Eheschließung mit einem Österreicher die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben.)

Erwarben 1966 noch insgesamt 499 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft, waren es ein Jahr später bereits 1.185. Die Marke "2000" wurde 1973 überschritten, und 1979 waren es erstmals mehr als 3000 neue Österreicher pro Jahr. Von den im Jahre 1980 eingebürgerten neuen Österreichern wurden 809 durch Erklärung nach der Eheschließung österreichische Staatsbürger. 369 Ehefrauen und 831 Kinder wurden gemeinsam mit ihrem Ehemann bzw. ihrem Vater Österreicher.

Das größte Kontingent neuer Österreicher seit 1967 stellten mit 18,2 Prozent die Jugoslawen, gefolgt mit 16,3 Prozent von jenen, die früher Deutsche waren, und 11,7 ehemals ungarischen Staatsangehörigen. (Schluß) and/bs

Gersthofer Platzl: Entscheidung über "9er" gefallen (1)

=++++

2 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Entscheidung über die optimale Führung der Straßenbahnlinie "9" im Bereich des Gersthofer Platzls ist gefallen: eingehende Untersuchungen und die Prüfung einer Vielzahl von Varianten sowie der Vorschläge der Bezirksvertretung führten zum Ergebnis, daß die Linie "9" von der Simonygasse kommend über Gentzgasse und Wallrißstraße, Schöffelgasse, Herbeckstraße und Salierigasse wieder zurück zur Gentzgasse beziehungsweise zur Simonygasse fahren soll. Das teilte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER Donnerstag der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit.#

Wie berichtet, gestattet der Ausbau der Vorortelinie auf S-Bahn-Betrieb im Bereich des Gersthofer Platzls eine neue Verkehrslösung, nachdem viele Jahre Möglichkeiten zur Bewältigung dieses schwierigen Problemes - acht Straßen kommen hier zusammen, es verkehren drei Straßenbahn- und eine Autobuslinie - gesucht worden waren.

Bei den Überlegungen war von maßgeblicher Bedeutung, wo die künftige Schleife des "9ers" angelegt werden soll. Die nun ausgewählte Variante entspricht dem Ziel, das Gebot der Wirtschaftlichkeit zu erfüllen und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität möglichst vieler Menschen zu vermeiden.

Die Stadtplanung hat den Antrag der Bezirksvertretung Währing, den "9er" bis zur derzeitigen Endschleife der Linie "40" zu verlängern, eingehend geprüft und dabei festgestellt, daß sowohl betriebliche und wirtschaftliche als auch Gesichtspunkte des Umweltschutzes eine Realisierung dieses Vorschlags nicht wünschenswert erscheinen lassen. So wären betriebliche Mehrkosten von 7,345.000 Schilling jährlich zu erwarten, dazu käme der Wegfall einer Möglichkeit zum Kurzführen von Zügen bei Störungen und schließlich ein Verkehrsüberangebot zwischen Gersthofer Straße und Eckpergasse, das zwar zusätzliche Kosten, aber keinen zusätzlichen Nutzen brächte. (Forts.) and/gg

Gersthofer Platzl: Entscheidung über "9er" gefallen (2)

=++++

3 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der Ermittlung der Auswirkungen des Straßenbahnbetriebs auf die Bevölkerung Gersthofs wurden sowohl die Gleisanzahl als auch die Zahl der vorbeifahrenden Linien zur objektiven Betrachtung berücksichtigt. Dabei ergibt sich bei der von der Stadtplanung vorgeschlagenen Variante eine errechnete Gesamtlänge von 2.035 m, bei der vom Bezirk angeregten von 3.490 m. Somit müßten bei der vom Bezirk verlangten Linienführung um 71 Prozent höhere Lärmbelastigungen in Kauf genommen werden, die Bevölkerung in der Herbeckstraße, der Scheibenberggasse und der Eckpergasse würde daher gegenüber den Bewohnern in Schöffelgasse und Wallrißstraße - ca. 100 Haushalte - stark benachteiligt werden. Wie Planungsstadtrat Wurzer dazu erläuterte, würde die Verlängerung bis Eckpergasse zusätzliche Belästigungen für rund 3.000 Menschen bringen. Für bzw. gegen jede der beiden Varianten haben sich übrigens, so Wurzer, Bürgerkomitees gebildet. Es solle nun jener Lösung der Vorzug gegeben werden, die möglichst vielen Menschen nützt und möglichst wenigen Unannehmlichkeiten bringt. Daß die neue Schleife die dort wohnenden Menschen kaum behelligen wird, läßt sich an vielen ähnlich angelegten Schleifen im Wiener Stadtgebiet nachweisen.

Weitere Details der Planungen: die neue Brücke über die Gentszgasse wird 32 m, jene über die Währinger Straße 21 m Spannweite haben. Dadurch wird in der Gentszgasse Platz für zwei Haltestelleninseln in Fahrtrichtung stadtauswärts, und zwar je eine für die Linie "41" sowie die Linien "9" und "40". In der Gegenrichtung wird der "Neuner" direkt an der Simonygasse halten, während sich die Haltestelle der Linien "40" und "41" unmittelbar unter der Brücke befinden wird. Die Fahrgäste werden somit bessere Zugänge zu diesen Haltestellen und zur künftigen S-Bahn finden. Die Autobuslinie "10 A" erhält in Fahrtrichtung Hernals in der Gersthofer Straße eine Haltestellenbucht. Drei Ampelanlagen werden für sicheren und flüssigen Verkehrsablauf sorgen. Große Beachtung wird auch den Belangen des Denkmalschutzes gewidmet. (Schluß)

and/gg

Wochenend-Wohnstraße Mittelgasse

=++++

4 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Die Mittelgasse im 6. Bezirk wird ab kommenden Samstag, den 27. Juni, im Bereich zwischen Stumpergasse und Garbergasse jeweils an Wochenenden (Samstag, 9 Uhr, bis Sonntag, 22 Uhr) eine Verkehrsberuhigte Zone. Ausgenommen vom allgemeinen Fahrverbot sind lediglich Radfahrer sowie Straßendienst- und Müllfahrzeuge. Wie Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, handelt es sich bei dieser im Rahmen der Stadterneuerung getroffenen Maßnahme um einen Versuch, der zunächst bis Ende Oktober befristet ist. Ein Teil der Mittelgasse soll dadurch vorläufig zumindest an Wochenenden spielenden Kindern und Fußgängern zur Verfügung stehen. Sollte sich der Versuch bewähren, so könnte - das Einverständnis der Bevölkerung vorausgesetzt - die Mittelgasse in weitere Folge zu einer echten Wohnstraße werden. Diese Wohnstraße könnte eventuell auch einen größeren Bereich der Mittelgasse umfassen, wobei dann eine Zufahrtsmöglichkeit zum Parken gewährleistet sein müßte. (Schluß)

ger/bs

NNNN

Internationaler Erfahrungstausch der Gemeinden (1)

Utl.: Mehr Frauen in die Kommunalverwaltung

=++++

5 Wien, 25.6. (RK-KOIMMUNAL) In zehn Jahren wird etwa drei Viertel der Weltbevölkerung in Städten leben, sodaß drei Viertel all jener Probleme, die entscheiden, ob sich die Menschen wohlfühlen, von den städtischen Lokalbehörden gelöst werden müssen. Dies erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ Mittwoch im Rahmen des vom Internationalen Gemeindeverband (IULA) veranstalteten 25. Weltkongreß über aktuelle kommunalpolitische Probleme der 80er-Jahre in Columbus, Ohio. Der Bürgermeister unterstrich weiter die Bedeutung der Tagung als Diskussions- und Informationsforum zur Bewältigung anfallender Probleme diverser lokaler Kommunalbehörden.

Auf dem Programm standen Sitzungen einzelner Arbeitsgruppen über Probleme der Frauen in der Kommunalverwaltung, Möglichkeiten der Verhütung von Jugendkriminalität und die Betreuung älterer Mitbürger. Darüber hinaus waren auch die Themen Energiebedarf, Wissenschaft und Technologien sowie städtische Erneuerung behandelt worden. Bezüglich der Rolle der Frauen in der Kommunalpolitik wurde vor allem auf die in vielen Ländern noch immer vorherrschende Unterrepräsentation der Frauen in den legislativen und exekutiven Organen der Kommunalverwaltung hingewiesen, Änderungsmöglichkeiten diskutiert und verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten gefordert.

(Forts.) zi/bs

NNNN

Internationaler Erfahrungstausch der Gemeinden (2)

Utl.: Durch bessere Planung Jugendkriminalität verhindern

=++++

6 Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe über Probleme der Jugendkriminalität wies Bürgermeister Gratz auf die Aktualität dieses in den letzten Jahren weltweit gewordenen Problems hin. So befindet sich etwa die Kriminalitätsquote Jugendlicher im besonderen in den Entwicklungsländern, aber auch in Amerika, Kanada und Großbritannien infolge sozialer und gesellschaftspolitischer Ursachen im Ansteigen, während kriminelle Delikte von Jugendlichen in Österreich, wie Gratz ausführte, keineswegs diese Bedeutung haben.

Da es sich bei der Jugendkriminalität vor allem um ein städtisches Problem handelt, das durch seine unmittelbare Umgebung gefördert wird, sind gerade Verstädterung und Industrialisierung sehr wesentliche Faktoren. Als Möglichkeit der Verhütung und Einschränkung wurde von den Tagungsteilnehmern eine verbesserte soziale, wirtschaftliche und materielle Planung im städtischen Bereich gefordert. (Forts.) zi/sr

NNNN

Internationaler Erfahrungsaustausch der Gemeinden (3)

Utl.: Ältere Mitbürger reintegrieren

=++++

7 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) International anerkannt und in seinen Formen der Sozialhilfe als beispielgebend bezeichnet, wurde Wiens Sozialpolitik im Rahmen der Internationalen IULA-Tagung. Unter dem Titel: "Fürsorge für ältere Mitbürger - ein Problem von wachsender Bedeutung" hatte Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof.Dr. Alois STACHER über die in Österreich und im besonderen in Wien vorhandenen sozialen sowie finanziellen Hilfen und Einrichtungen für ältere Menschen berichtet. Grundsatz ist dabei, wie Stacher betonte, daß jeder Wiener das Recht auf soziale Hilfe hat. Bezüglich der Durchführung der sozialen Dienste wies er auf die in Wien bestehende Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und privaten Organisationen hin. Seitens der Delegierten wurde ein Maßnahmenkatalog beschlossen, der zahlreiche Forderungen nach Hilfen und Einrichtungen enthält, die in Wien bereits realisiert sind. So etwa die Schaffung eines Kontaktbesuchsdienstes zur verstärkten Information über bestehende soziale Einrichtungen oder einer Rufnummer für Rat und Hilfe in sozialen Notsituationen, wie der in Wien bestehende Notruf für Soziales und Gesundheit. Im Übrigen sollten alle Voraussetzungen geschaffen werden, die es dem älteren Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in seiner gewohnten Umgebung bleiben zu können.

Das Problem der Betreuung älterer Menschen hat in den letzten Jahren aufgrund ihres ständig steigenden Anteils an der Bevölkerung weltweit an Bedeutung zugenommen. Es nähert sich die Weltbevölkerung der sechs- bis acht-Milliarden-Grenze. Den Erwartungen gemäß wird sich die Gesamtbevölkerung der Welt um 73 Prozent und die über 60jährige Bevölkerung um 91 Prozent vermehren. Europa, dessen Anteil von 60jährigen und älteren Menschen an der Bevölkerung 14 Prozent beträgt, hat schon jetzt und wird auch weiterhin den höchsten Prozentsatz in der ganzen Welt haben. In Österreich sind 19,4 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre oder älter. In Wien liegen diese Zahlen bekanntlich noch höher: Rund 21 Prozent sind älter als 65 Jahre. (Schluß) zi/bs

Neue Fernwärmeleitung spart Heizöl für 50 Millionen (1)

Utl.: Fertigstellung in Rekordzeit bis 1. Dezember 1981

-++++

8 #Wien, 25.6. (RK-WIRTSCHAFT) Bereits Anfang Dezember dieses Jahres wird die neue Fernwärme-Verbundleitung, die von der Kleinen Marxerbrücke durch die Leopoldstadt und über die Donau nach Kagran führt, in Betrieb gehen. Wie die Heizbetriebe-Geschäftsführer Dr. Brund JANCIK und Dipl.-Ing. Anton WISCHINKA anlässlich einer Pressebesichtigung mitteilten, ist es gelungen, die ursprünglich vorgesehene Bauzeit von 18 Monaten auf neuneinhalb Monaten zu reduzieren. Derzeit wird an sechs Stellen zugleich gearbeitet, um die Fernwärmeleitung in Rekordzeit fertigstellen zu können.

Durch die neue Leitung kann das Kagraner Netz von der Kraft-Wärme-Kupplung im kalorischen Kraftwerk Simmering aus versorgt werden. Kraft-Wärme-Kupplungen ermöglichen bekanntlich eine besonders rationelle Verwertung der teuren Primärenergien Erdöl oder Erdgas, ihr Einsatz wirkt sich daher auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht positiv aus. #

Die Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. - ein Unternehmen der Wiener Holding - rechnen, daß durch die neue Leitung schon in der kommenden Heizperiode 1981/82 etwa 10.000 Tonnen Heizöl schwer im Wert von rund 35 Millionen Schilling eingespart werden können. Die Einsparung für eine komplette Heizperiode wird dann bei 50 Millionen Schilling liegen.

An das Kagraner Netz der Heizbetriebe sind unter anderem die UNO-City, das Donauzentrum, die Fertigteilbau Wien Ges.m.b.H., der Konsum Nord, das Industriegebiet Iberisweg und der städtische Reservegarten Hirschstetten angeschlossen. Darüber hinaus werden 14.600 Wohnungen mit der umweltfreundlichen Fernwärme versorgt. Noch heuer wird eine Stichleitung von Kagran zum Wohnbau- und Industriegebiet Aspern fertiggestellt. (Forts.) we/sr

Neue Fernwärmeleitung spart Heizöl für 50 Millionen (2)

Utl.: Fertigstellung in Rekordzeit bis 1. Dezember 1981

=++++

9 Wien, 25.6. (RK-WIRTSCHAFT) Die in Bau befindliche Fernwärmeleitung weist eine Gesamtlänge von 3.200 Meter auf, davon liegen rund 2,3 km auf dem Gebiet der Leopoldstadt. Nahezu 80 Prozent der Strecke auf der rechten Seite der Donau wird in Untertag-Bauweise hergestellt, nur rund 20 Prozent - im Bereich Mexikoplatz und Vordere Zollamtsstraße - können in offener Bauweise erfolgen. Die Untertag-Bauweise gliedert sich zu 70 Prozent in das Bauverfahren der Vorpressung von vorgefertigten Betonrohren mit einem Innendurchmesser von 2,2 Meter, zu 30 Prozent wird bergmännischer Stollenvortrieb mit einer lichten Stollenhöhe von 2,2 Meter durchgeführt. Bei der geschlossenen Bauweise müssen in Abständen von 100 bis maximal 500 Meter Schächte hergestellt werden, die als Förderschächte und als Zielpunkte für den Stollenvortrieb dienen.

Der Donaukanal wird auf einer provisorischen Rohrbrücke gequert. Beim Bau der neuen Reichsbrücke wurden der Kollektor für die Fernwärmeleitung bereits vorgesehen, so daß dort nur noch die Rohre verlegt werden müssen.

Nach Fertigstellung der neuen Leitung wird das gesamte Kagraner Netz mittels der Kraft-Wärme-Kupplung des kalorischen Kraftwerks Simmering gespeist. Das auf ölbasis arbeitende Fernheizwerk Kagran dient dann nur noch als Ausfallsreserve sowie zur Abdeckung der Verbrauchsspitzen. (Schluß) we/bs

NNNN

Japanische Gäste im Wiener Rathaus

=++++

10 Wien, 25.6. (RK-POLITIK) Shizuo WADA, Mitglied des Oberhauses des japanischen Parlaments und der Bürgermeister Saburo YAMADA von Fujimi, einer Stadt nahe Tokios, besuchten das Wiener Rathaus, wo sie von Landtagspräsidenten Hubert PFOCH in Vertretung des Bürgermeisters begrüßt wurden.

Die japanischen Gäste informierten sich vor allem über das Wiener Müllentsorgungssystem. Außer den beiden Müllverbrennungsanlagen besichtigten die Gäste auch die im Bau befindliche Müllverwertungsanlage in Hirschstetten, die großes Interesse fand. (Schluß) en/gg

NNNN

Wohnungspolitik bis 1983 (1)

=++++

11 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Konzept für die Wohnungspolitik bis 1983 stellte Wohnbaustadtrat Johann HATZL am Mittwoch in einem Pressegespräch vor. Die Verbilligung von Neubauwohnungen, Wohnbauförderung, Stadterneuerung, mehr Lebensqualität durch eine gesündere Wohnumwelt, Hilfen für junge Familien und eine straffere Organisation der Wohnhäuserverwaltung sind die Schwerpunkte. Bis 1983 werden noch etwa 15.000 neue Wohnungen der Stadt Wien und der Gemeinnützigen Genossenschaften durch Wohnbauförderungsmittel gebaut. Etwa 5.300 Wohnungen wird die Stadt Wien selbst errichten. Rund 25.000 Wohnungen können mit Hilfe der Wohnungsverbesserung dem heutigen Wohnstandard angepaßt werden. Stadtrat Hatzl kündigte an, daß das Bauvolumen der geförderten Wohnungen heuer von ursprünglich 7.000 geplanten Wohnungen auf 7.300 steigen wird. Außerdem sollen die jüngsten Kreditzinsenerhöhungen durch Mittel aus der Wohnbauförderung abgefangen werden.#

Stadtrat Hatzl hat die Magistratsabteilung 50 beauftragt, rasch ein Konzept für den gezielten Einsatz öffentlicher Wohnbaugelder auszuarbeiten, um der Entwicklung auf dem Kapitalmarkt entgegenzuwirken. Weitere Maßnahmen, um die Wohnungskosten zu verbilligen:

- o Die Wohnbeihilfe soll für sozial schwächer Gestellte, vor allem für junge Familien, angehoben werden.
- o Die derzeitige Form der Wohnbauförderung soll geändert und der absehbaren Entwicklung auf dem Wohnungssektor angepaßt werden.
- o Die Nutzung geförderter Wohnungen soll stärker kontrolliert werden.

Zwtl.: Hilfe für junge Familien

Dem Projekt "Startwohnungen" liegt die Idee zugrunde, jungen Ehepaaren für eine gewisse Zeit billige Wohnmöglichkeiten zu bieten, damit sie in dieser Zeit genügend Geld für eine bessere Wohnung ansparen können. (Forts.) ba/sr

Wohnungspolitik bis 1983 (2)

=++++

12 Wien, 25.6. (ORF-KOMMUNAL) Für dieses Vorhaben wird die Stadt Wien im 9. Bezirk ein Haus zur Verfügung stellen. Darüber hinaus will Wohnbaustadtrat HATZL - abgesehen von der bundesgesetzlichen Regelung - das Startwohnungsproblem im größeren Ausmaß lösen. Bis 1983 werden etwa 400 ältere Gemeindewohnungen an eine Wohnbauvereinigung vermietet, die diese Wohnungen ausstattet und jungen Familien zur Verfügung stellt. Bei der Vormerkung und bei der Vergabe von Wohnungen der Stadt Wien werden junge Familien besonders berücksichtigt.

Zwtl.: Mehr Mittel für die Stadterneuerung

Der Neubau im dichtverbautem Stadtgebiet, Instandsetzung von städtischen Wohnungen und Revitalisierung werden weiter forciert. Von 66 neuen Wohnhausanlagen werden 51 im dichtbebauten Stadtgebiet errichtet.

- o Bis 1983 soll mit der Instandsetzung von 110 städtischen Wohnhausanlagen mit einem Kostenaufwand von 1.100 Millionen begonnen werden.
- o 300 Aufzüge sollen in den städtischen Bauten nachträglich eingebaut werden. Ursprünglich waren für das Aufzugsprogramm nur 200 Einbauten vorgesehen.
- o Eine Beurteilung über den Bauzustand der städtischen Althäuser wird demnächst vorliegen. Nächster Schritt ist die rasche Sanierung der erhaltungswürdigen Häuser.

Die Rücklage aus dem Mietzins reicht jedoch bei weitem nicht aus, um größere Renovierungsarbeiten vorzunehmen. Entsprechend den mietrechtlichen Bestimmungen wird der Grundzins daher angehoben. Der Unterschied zu "privaten" Instandsetzungen:

- o Bei Beträgen für Instandsetzungen, die einen Quadratmeterzins unter zwölf Schilling ergeben, werden die Fremdmittel mit voller Verzinsung verrechnet. (Forts.) ba/bs

Wohnungspolitik bis 1983 (3)

=++++

13 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL)

- o Bei Beträgen zwischen 12 und 20 Schilling Mietzins pro Quadratmeter erfolgt eine Eigenmittelverzinsung von nur vier Prozent.
- o Die Obergrenze des Mietzinses wird mit 20 Schilling pro Quadratmeter festgesetzt.

Bei sozial schwächer Gestellten werden diese Erhöhungen durch die Mietzinsbeihilfe abgedeckt.

Wohnqualität und Wohnumwelt sollen durch einen verstärkten Wärme- und Schallschutz bei Neubauten, durch Schallschutzfenster bei älteren Wohnbauten, durch nachträglichen Zentralheizungseinbau sowie durch die praktische Auswertung von baubiologischen Erkenntnissen verbessert werden.

Zwtl.: Mietermitsprache und Mitbestimmung

Die Mietermitsprache soll in Zukunft auch auf die Erstellung der Hausordnung ausgedehnt werden. Mieter können mitentscheiden, ob ihre Hausfassaden begrünt werden. Behindertenwohnungen werden grundsätzlich so frühzeitig vergeben, daß ihre Bewohner bei der Gestaltung mitreden können. Garten- oder Blumenfreunde unter den Mietern können sich zu "Gartengemeinschaften" zusammenschließen und die Pflege eines Gemeinschaftsgartens in der Wohnhausanlage übernehmen. Aufgelassene Waschküchen, Dachböden oder Keller können von den Mietern übernommen und als Hobby- oder Gemeinschaftsräume ausgestaltet werden.

Durch die Einrichtung eines "Schadentelephones" sowie durch Sprechtag der Hausinspektoren in den einzelnen Wohnhausanlagen soll die städtische Wohnhäuserverwaltung mehr Servicecharakter erhalten. Die Hausinspektoren werden verstärkt Überprüfungen in den Wohnhausanlagen durchführen. Bau- und Betriebskosten werden künftig objektmäßig verrechnet. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wohnungspolitik bis 1983 (4)

=++++

14 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Für Wohnungssuchende soll zusätzlich zum Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien eine Wohnungstauschzentrale eingerichtet werden. In den Bezirken wird ein sogenanntes "Info-Team" über die Möglichkeiten der Wohnungsverbesserung informieren. Im 16. Bezirk soll eine vierte Außenstelle für die Einreichung von Wohnbeihilfen in Betrieb genommen werden. (Schluß) ba/sr

NNNN

Überlegungen für neue Garagenförderung

Utl.: Stadt Wien könnte sich mit 30 Prozent beteiligen

=++++

17 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR sprach sich Donnerstag in einer Sitzung des Wirtschaftsbeirats für Wien für eine neue Form der Garagenförderung in Wien aus. Man sollte, so Mayr, durch die Förderung den Bau kleinerer Garagen im dichtverbauten Gebiet ermöglichen. Diese Garagen sollten in erster Linie der Wohnbevölkerung zugute kommen. Auf keinen Fall sollte durch den Garagenbau die Fahrt zum Arbeitsplatz mit dem Auto forciert werden.

Es ist daran gedacht, daß sich die Stadt Wien an der jeweiligen Garagengesellschaft zu 30 Prozent beteiligt und auch 30 Prozent der Projektskosten übernimmt. Die Form einer Beteiligung sollte, so Mayr, deswegen gewählt werden, weil ein verlorener Zuschuß in dieser Höhe nicht vertretbar wäre.#

Für diese neue Art der Förderung gibt es bereits ein erstes Projekt im 3. Bezirk am Sebastianplatz. Dort könnte eine Garage mit 80 Einstellplätzen nach dem sogenannten "horizontalen Paternostersystem" errichtet werden. Dieser Garagentypus ist eine vollautomatische Anlage, bestehend aus einer Parkmaschine, die in eine unterirdische Stahlbetonkonstruktion eingebaut wird. Die Anlage erfordert kein Bedienungspersonal, die Zuordnung und Steuerung der auf den einzelnen Palettenträgern stehenden PKW's erfolgt elektronisch. Die Zu- und Abfahrt der einzelnen Autos geschieht über eine ebenerdige Absenkstation. Mit der neuen Garagenförderung sollte versucht werden, den in den letzten Jahren in Wien stagnierenden Garagenbau anzukurbeln. (Schluß) sei/bs

NNNN

Die Stadt als Spielplatz (1)

Utl.: 9. Wiener Ferienspiel beginnt am 6. Juli

=++++

18 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Zum neunten Mal veranstaltet das Landesjugendreferat das beliebte "Wiener Ferienspiel". Im vergangenen Jahr konnten mehr als 230.000 Kinder und ca. 100.000 Erwachsene bei den grünen und roten Stationen des Wiener Ferienspiels begrüßt werden. Auch heuer haben alle Kinder in den letzten Schulwochen in der Schule ihren Ferienspielpaß erhalten. Dort sind alle Teilnahmebedingungen verzeichnet. Das Wiener Ferienspiel führt die Kinder durch ganz Wien. Sie können Theater besuchen, ins Kino gehen, Schach spielen, eine Wienerwald-Safari machen, Rollschuhlaufen, Bücher jagen und noch vieles andere mehr. Die Großstadt wird zum riesigen Abenteuerspielplatz. Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER sieht die Bedeutung des Wiener Ferienspiels darin, daß normalerweise Freizeitangebote über die Eltern an die Kinder herangetragen werden. Beim Ferienspiel werden direkt die Kinder erreicht, die so - eingebunden in eine Spielsituation - ihre Stadt und deren vielfältige Angebote kennen und nützen lernen.

Zwtl.: 10 Jahre "Fahrt zum Spiel"

Die "Fahrt zum Spiel" gibt es wieder Montag bis Freitag von 8.30 bis 12 Uhr, und zwar zwischen 6. Juli und 4. September. Diese Aktion feiert heuer ihr zehnjähriges Jubiläum. Autobusse, die heuer von 7 Stellen in Wien wegfahren, brachten in den vergangenen Jahren rund 80.000 Kinder zu einem Spielplatz ins Grüne. Ab 13. Juli wird dabei jeden Freitag eine Kinderzeitung von Kindern hergestellt.

(Forts.) emw/bs

Die Stadt als Spielpaltz (2)

Utl.: 257.000 Spielmarken vorbereitet

=++++

19 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Bei jeder Station des Wiener Ferienspiels werden wieder Spielmarken ausgegeben. Das Landesjugendreferat hat heuer insgesamt 257.000 Marken drucken lassen, um dem zu erwartenden Ansturm gewachsen zu sein. Kinder, die drei grüne und drei rote Spielmarken gesammelt haben, erhalten eine Einladung zur großen Schlußveranstaltung in der Stadthalle. Wer acht Marken hat, kann zusätzlich ein gutes Buch gewinnen und wer es gar auf zehn Marken gebracht hat, nimmt an der Verlosung der "Wünsch-dir-was"-Preise teil. Hierbei kann jeder Teilnehmer einen Wunsch auf seine Teilnehmerkarte schreiben, von dem er glaubt, daß ihn das Landesjugendreferat erfüllen kann. Im Vorjahr haben an dieser Verlosung 9.612 Teilnehmerkarten teilgenommen.

Zwtl.: Wiener Ferienspielmaskottchen sucht einen Namen

Ein gelbes Männchen mit lustigen Augen, roter Knollennase, langen dünnen Armen und kurzen Beinen geistert durch den neuen Ferienspielpaß. Es ist das neue Ferienspielmaskottchen. Einen Namen sollen ihm die Kinder geben, damit der lustige kleine Kerl nicht namenlos bleiben muß.

Übrigens: Am 11. Juli kommt dann das Linzer Ferienspielmaskottchen, der Tatzelwurm LENZIBALD, nach Wien. Er ist 60 Meter lang, drei Meter hoch und wird von 300 Kindern rund ums Rathaus getragen. Lenzibald wird mit Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER plaudern und von den Kindern bemalt werden. Für die Kinder werden ein 60 Meter langes Butterbrot und 600 Packerln Milch bereitstehen, die vom Konsum und den Wiener Molkereibetrieben gespendet werden. (Forts.) emw/sr

NNNN

Die Stadt als Sportplatz (3)

Utl.: Behinderte Kinder können mitmachen

=++++

20 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Das Ferienspiel ist für alle Wiener Kinder gedacht, also können auch behinderte Kinder mitmachen. Bei den Stationen "Fahrt zum Bauernhof" und "Verkehrsspiel" gibt es spezielle Termine für behinderte Kinder, an denen neben entsprechenden Transportmöglichkeiten auch geschultes Betreuungspersonal zur Verfügung steht. Der Erlös der FERIENSPIELZEITUNG, die wieder viermal erscheint und um 1,- S verkauft wird, kommt übrigens auch Behinderten zugute. Es werden damit Fahrten von körperbehinderten Kindern und Jugendlichen zu Jugendzentren der Stadt Wien finanziert.

Zwtl.: Internationales Symposium von 4. bis 11. Juli in Wien

Das Ferienspiel erfüllt die Funktion, in den Kindern Interessen zu wecken und ihnen Freizeitmöglichkeiten zu erschließen, wie sie in dieser Fülle nur die Großstadt anbieten kann. Es aktiviert die Kinder und darüber hinaus nicht selten die ganze Familie.

Zum Thema "Kinderfreizeitaktionen in der Großstadt" findet vom 4. bis 11. Juli in Wien ein internationales Symposium statt, zu dem sich bisher 37 Teilnehmer aus Deutschland, Italien, Frankreich, Norwegen und der Schweiz sowie aus den österreichischen Städten Salzburg, Linz und Graz angesagt haben. In allen diesen Städten werden Ferienspiele oder vergleichbare Kinderfreizeitaktionen durchgeführt. Wien, das auf diesem Sektor in Europa führend ist (das Wiener Ferienspiel ist die größte derartige Aktion in Europa und Wien hat hier Pionierarbeit geleistet), hat die Initiative ergriffen und einen internationalen Erfahrungsaustausch angeregt. (Schluß)
emw/bs

NNNN